

16. März 2012

Erklärung der Fraktion DIE LINKE zur Auflösung des Landtags NRW

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Freundinnen und Freunde,

DIE LINKE hat in der 2. Lesung des Haushalts 2012 den von SPD und Grünen vorgelegten Haushalt abgelehnt. Da die anderen Oppositionsparteien CDU und FDP sich ebenfalls dazu entscheiden haben, sind SPD und Grüne mit ihrem Etatplan gescheitert und sahen keine Grundlage mehr für weiteres gemeinsames Regieren. Jetzt kommt es zu Neuwahlen.

DIE LINKE hat seit September 2011 deutlich klare, bescheidene und umsetzbare Forderungen an SPD und Grüne gestellt:

DIE LINKE sieht bei einem Budget im SGB II-Eckregelsatz für Nahverkehr von unter 20 Euro eine gesellschaftliche Notwendigkeit, ein Sozialticket in Höhe von höchstens 15 Euro einzuführen.

Die LINKE sieht angesichts der massiven Überschuldung eines Großteils der Kommunen - gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden, der Gewerkschaft ver.di und vielen anderen - die dringende Notwendigkeit, den Anteil des Steueraufkommens für die Kommunen um zwei Prozent zu erhöhen.

DIE LINKE sieht nach dem Ausverkauf des sozialen Wohnungsbaus durch die Regierung Rüttgers, insbesondere auch aufgrund der Mietsituation in den Städten des Rheinlands, einen dringenden Bedarf für die Aufstockung der Mittel des sozialen Wohnungsbaus auf das Niveau, das SPD und Grüne im Wahlkampf gefordert haben.

DIE LINKE hat zudem gefordert, mehr Personal im Bereich der Kinderbetreuung einzustellen. Nicht zuletzt auf Grund des KiBiz ist dies als Entlastung für die Erzieherinnen und Erzieher dringend geboten.

Alle diese Forderungen waren für DIE LINKE verhandelbar. Dies haben wir in den Gesprächen mit der Landesregierung und den Fraktionen von SPD und Grünen immer betont. Aber SPD und Grüne waren bis zuletzt nicht bereit, sich auch nur einen Millimeter zu bewegen. Sie haben den anderen Parteien den Haushalt nach dem Motto „friss oder stirb“ vorgelegt. Entgegen der Bekundungen von Hannelore Kraft und anderen gab es keine Verhandlungsbereitschaft bei SPD und Grünen. In einer Situation der Minderheitsregierung musste ihnen klar sein, dass sie mit diesem Kurs direkt auf Neuwahlen zusteuern. Sie haben die Neuwahlen gewollt und haben diese durch ihre Politik auch herbeigeführt. DIE LINKE hat immer betont, dass sie Neuwahlen für unnötig hält, aber sie auch nicht zu fürchten braucht.

In allen entscheidenden Fragen, in denen wir mit SPD und Grünen eine Politik für die Mehrheit der Menschen machen konnten, hat DIE LINKE dies vorangetrieben:

- Nur durch DIE LINKE gab es eine Abschaffung der Studiengebühren bereits im Wintersemester 2011/2012.
- Nur durch DIE LINKE gibt es einen vergabespezifischen Mindestlohn für alle von öffentlicher Vergabe betroffenen Beschäftigten.
- Nur durch DIE LINKE gibt es wieder mehr Mitbestimmung im Öffentlichen Dienst.
- Nur durch DIE LINKE ist die Residenzpflicht für Asylsuchende abgeschafft worden.
- Nur durch DIE LINKE sind Abwahlverfahren von Oberbürgermeistern wie in Duisburg möglich.

Diese und viele weitere Erfolge zeigen, dass DIE LINKE ein Garant für soziale Veränderung in diesem Land ist. Es ist zu bedauern, dass sich SPD und Grüne von diesem Kurs zugunsten einer Politik der Schuldenbremse und der Kürzungspolitik verabschiedet haben. Für DIE LINKE lautet daher das Motto „Die Vermögenssteuer ist unsere Schuldenbremse“!

Mit solidarischen Grüßen

Bärbel Beuermann und Wolfgang Zimmermann

Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Landtag NRW

Katharina Schwabedissen

Landessprecherin DIE LINKE.NRW

Hubertus Zdebel

Landessprecher DIE LINKE.NRW

[zurück zu: Detail](#)

Quelle:

http://archiv.linksfraktion-nrw.de/aus_dem_landtag/aktiv/detail/artikel/erklaerung-der-fraktion-die-linke-zur-a